des Friedens, der friedlichen Arbeit bleiben soll. In diesem Ringen stellten sich die Genossen der KPD und der SPD — die Arbeiterklasse — an die Spitze dieser Bewegung. Die Losung der KPD: „Kassel darf kein Rüstungszentrum und keine Garnisonstadt werden!“ mobilisierte Tausende Bürger zu einer offenen Meinungsäußerung. Die 10 000 Arbeiter und Angestellte der Henschel-Werke protestierten entschieden gegen jede Rüstungsproduktion. Sie wehrten sich, Düsenjäger für die Bonner Wehrmacht zu bauen. Sie wünschen den friedlichen Wettbewerb zwischen dem sozialistischen und kapitalistischen System; sie fordern den Ost-Westhandel. Sie lehnten es auch ab, Kassel als Garnison für die Söldner der NATO-Armee einrichten zu lassen. Dieser von allen Arbeitern ausgedrückte Wille gab der Bevölkerung Mut und Kraft. Kommunistische, sozialdemokratische, christliche und parteilose Arbeiter und Kreise des Bürgertums gaben durch Unterschrift ihrer Empörung gegen die Maßnahmen Bonns eindeutigen Ausdruck. Unter dem Eindruck dieser Tatsache mußte selbst die bürgerliche Zeitung „Die Hessischen Nachrichten“ nach einer Umfrage „Soll Kassel Garnisonstadt werden oder nicht?“ zugeben, daß 93 Prozent der Befragten die Garnison ablehnen. Ausdrücklich erklärte das Blatt, daß sich unter den Befragten alle Bevölkerungsschichten befinden.

Diesem Volkswillen entsprechend, wurde auf einer öffentlichen Stadtverordnetenversammlung mit 33 gegen 21 Stimmen ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion mit folgendem Inhalt angenommen: „Der Magistrat wird beauftragt, bei der hessischen Regierung in Wiesbaden vorstellig zu werden und darauf aufmerksam zu machen, daß der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung die Errichtung einer Garnison in der Stadt Kassel nicht wünschen.“

Das war ein Sieg der vereint kämpfenden Arbeiter! Trotz Hetze, Lüge, Verleumdung und Terror gelang es nicht, das gemeinsame Handeln der Arbeiterklasse, insbesondere der SPD und KPD, zu verhindern!

Immer wieder versuchen die alten faschistischen und militaristischen Elemente

„Erinnerungstreffen“ durchzuführen. Es gibt zahlreiche Beispiele, wo durch gemeinsames Handeln der Arbeiterklasse diesen ewigen Landsknechten eine vernichtende Niederlage erteilt wurde. So protestierten im April 1956 sozialdemokratische, kommunistische, christliche und parteilose Arbeiter in den Gewerkschaftseinheiten gegen das in Solingen geplante „Erinnerungstreffen“ der ehemaligen „Legion Condor“, die 1936 ihre Bomben auf die spanischen Freiheitskämpfer warf. Die Proteste und Entschließungen der Belegschaften zwangen den Polizeipräsidenten, das Militaristentreffen zu untersagen. Einen gleichen Erfolg erzielten wieder die Solinger Arbeiter. Durch ihren gemeinsamen Protest verhinderten sie ein Treffen der „Panzerdivision Hermann Göring“. Was beweisen diese beiden Aktionen? Die Militaristen müssen sich in ihre Schlupfwinkel zurückziehen, wenn ihnen die Arbeiterklasse geschlossen entgegentritt.

Auch der 1. Mai 1956 wurde ein Kampftag der Arbeiterklasse. Hunderttausende Arbeiter demonstrierten unter den Losungen: „Gegen jede Rüstungspolitik, für die Sicherung des Friedens durch die Aktions-einheit der Arbeiterklasse!“ — „Aktions-einheit sichert Frieden!“ — „Einheit unsere Stärke!“ — „Die größte Gefahr für die Arbeiterklasse ist Uneinigkeit! Denkt an 1933!“ — Die Losung: „Was des Volkes Hände schaffen, soll des Volkes eigen sein!“ beweist erneut, daß sich das Vorhandensein unserer Arbeiter- und Bauernmacht immer mehr auf das Bewußtsein der Arbeiter in Westdeutschland auswirkt.

Auf den Delegiertenkonferenzen der Industriegewerkschaften zur Vorbereitung des DGB-Kongresses (im Herbst 1956) kam ebenfalls der Kampf der Arbeiterklasse für die Verwirklichung des Aktionsprogramms des DGB und gegen das volksfeindliche Adenauer-Regime zum Ausdruck. So wandten sich im Mai 1956 300 Delegierte der IG Bergbau in einer Entschließung einmütig gegen den von der Bonner Regierung betriebenen KPD-Verbotsprozeß, zumal jetzt, wie es dort heißt, von „offiziellen Bonner Stellen neofaschistische und militaristische Organisationen zielstrebig gefördert werden.“ Die Delegierten appellierten an die Mitglieder, allen Versuchen, die demokratische Ent-